

AnwaltFormulare Verkehrsrecht

Muster/Formulierungsbeispiele



Im folgenden Musterverzeichnis können Sie über einen Klick auf ein Muster das entsprechende Word-Dokument öffnen und nach Ihren Wünschen bearbeiten. Bitte beachten Sie die Benutzungshinweise auf der nächsten Seite.

Tietgens/Nugel (Hrsg.)
AnwaltFormulare Verkehrsrecht
9. Auflage 2025

Copyright 2025 by Deutscher Anwaltverlag, Bonn



Deutscher**Anwalt**Verlag

Benutzungshinweise

Zur Nutzung des PDF-Musterverzeichnisses benötigen Sie einen **lokal installierten PDF-Reader**, da die Funktionalität über das reine Anzeigen einer PDF-Seite hinausgeht.

Das Musterverzeichnis gibt Ihnen einen Überblick über die enthaltenen Muster und erleichtert Ihnen den Zugang zu den Mustertexten und Formulierungsbeispielen. Beim Anklicken des gewünschten Musters in dem Musterverzeichnis öffnet sich der Text direkt in Microsoft Word oder in dem bei Ihnen eingesetzten Textverarbeitungsprogramm. Dann können Sie die Word-Datei direkt bearbeiten und unter einem neuen Dateinamen abspeichern. Bei Nutzern von Microsoft Word können Sicherheitshinweise auf dem Bildschirm erscheinen. Dort müssten Sie die Nutzung ggf. zulassen. Dies wird in den verschiedenen Wordversionen und Textverarbeitungsprogrammen unterschiedlich gehandhabt. In den einzelnen Word-Dateien sind keine Makros o.ä. eingebunden. Damit die Navigation über das PDF-Musterverzeichnis funktioniert dürfen der Ordner „Muster-Doks“ und die ursprünglich gelieferten Dateien nicht umbenannt werden. Speichern Sie die bearbeiteten Worddateien daher stets unter einem neuen Dateinamen ab.

Die in einigen Word-Mustertexten vorhandenen **Formularfelder** können Sie markieren und überschreiben. Sie können sich die Bearbeitung erleichtern, indem Sie diese Formularfelder mit dem Default-Tastaturkürzel Ihres Textbearbeitungsprogrammes ansteuern. Für Microsoft Word ist dies i.d.R. das Tastaturkürzel F11, um zum nächsten Feld zu springen und „UMSCHALT+F11“, um zum vorherigen zu springen. Diese Tastaturkürzel werden von der Arbeitsumgebung Ihres Textverarbeitungsprogramms und nicht durch die bereitgestellten Word-Muster-Dateien definiert. Daher können die Tastaturkürzel in alternativen Betriebssystemen und/oder Textbearbeitungsprogrammen (z.B. LibreOffice Writer) abweichen.

Bearbeiten der Muster/Formulierungsbeispiele mit einer anderen Textverarbeitung und/oder einem anderen Betriebssystem

Wenn Sie kein Microsoft Word, sondern ein anderes Textverarbeitungsprogramm auf Ihrem Rechner installiert haben, können Sie die Dateien trotzdem aufrufen und bearbeiten. Gehen Sie dazu direkt auf das gewünschte Muster in dem abgelegten Ordner „Muster-Doks“. Über diesen Weg können Sie auch auf die Word-Dateien zugreifen, wenn Sie nicht über das mitgelieferte PDF-Musterverzeichnis navigieren möchten. Jedem Mustertext ist eine Nummer zugewiesen, die in dem Download-Symbol neben dem jeweiligen Formular/Mustertext im Buch abgedruckt ist. Über den Dateinamen (p = Paragraf und m = Muster) lässt sich die gewünschte Mustertext-Datei auffinden.

Die Muster und Formulierungsbeispiele in diesem Werk wurden mit Sorgfalt und nach bestem Wissen erstellt, sie stellen jedoch lediglich Arbeitshilfen und Anregungen für die Lösung typischer Fallgestaltungen dar. Die Eigenverantwortung für die Formulierungen von Verträgen, Verfügungen und Schriftsätzen trägt der Benutzer. Herausgeber, Autoren und Verlag übernehmen keine Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der in dem Buch enthaltenen Ausführungen und Formulierungsmuster sowie der per Download bereitgestellten Daten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Musterverzeichnis

§ 1 Mandatsvorbereitung, Informationsbeschaffung und Anmeldung von Ansprüchen

- 1.1 Widerrufsbelehrung bei Fernabsatzverträgen
- 1.2 Fragebogen zum Unfallgeschehen
- 1.3 Auszug: Datenschutzhinweise nach Art. 13 DSGVO
- 1.4 Halteranfrage
- 1.5 Schreiben an den gegnerischen Halter
- 1.6 Anforderung der polizeilichen Ermittlungsakte
- 1.7 Anfrage an Unfallzeugen
- 1.8 Zeugenfragebogen
- 1.9 Anspruchsschreiben an Kfz-Haftpflichtversicherung – konkretes Beispiel bei einem Auffahrunfall
- 1.10 Anspruchsschreiben an Kfz-Haftpflichtversicherung – Muster mit Bezifferung des Schadens
- 1.11 Anspruchsschreiben an Kfz-Haftpflichtversicherung – Muster ohne Bezifferung des Schadens
- 1.12 Anspruchsschreiben Haftpflichtversicherung – Variante mit Fragebogen für Anspruchsteller und Bezifferung
- 1.13 Hinweis auf Hebegebühr
- 1.14 Anspruchsschreiben an den unmittelbaren Schadensverursacher

§ 2 Behandlung von „Auslandsschäden“

- 2.1 Internationale Zuständigkeit des Gerichts in Berlin bei Auslandsunfall
- 2.2 Internationale Zuständigkeit des Gerichts am Wohnsitz des Geschädigten im Inland
- 2.3 Keine Annexzuständigkeit bei Inlandsklage
- 2.4 Klagebefugnis im Inland aufgrund vorrangigen EU Rechts
- 2.5 Internationale Zuständigkeit des Gerichts am Wohnsitz des Geschädigten im Inland bei Wohnsitzwechsel
- 2.6 Keine Klagebefugnis des Kaskoversicherers bei Inlandsklage
- 2.7 Internationale Zuständigkeit des Gerichts am Wohnsitz des Geschädigten bei einer Klage des Arbeitgebers aus übergegangenem Recht
- 2.8 Internationale Zuständigkeit des Gerichts am Wohnsitz des Geschädigten bei einer Klage des Erben aus übergegangenem Recht
- 2.9 Erleichterter Beweismaßstab des § 287 ZPO bei Inlandsklage
- 2.10 Geltung des deutschen Rechts wegen des Schadensortes einschließlich Regeln über den Anscheinsbeweis nach Rom II i.V.m. deutschem materiellen Verkehrsrecht
- 2.11 Geltung des deutschen Rechts wegen einer engeren Beziehung zwischen der unerlaubten Handlung und diesem Recht
- 2.12 Anregung zu einer Vereinbarung über die Anwendung des materiellen Rechts
- 2.13 Keine Anwendung des Anscheinsbeweises nach den Regeln der ZPO
- 2.14 Anwendung des Anscheinsbeweises nach den Regeln der ZPO

Musterverzeichnis

2.15 Anwendung des Haager Übereinkommens

§ 3 Anspruchsgrundlagen

- 3.1 Keine Betriebsgefahr für E-Scooter
- 3.2 Weite Auslegung des Merkmals „bei Betrieb“
- 3.3 Betriebsgefahr außerhalb des öffentlichen Verkehrsraums
- 3.4 Betrieb eines Kfz durch „Falschparken“
- 3.5 Betrieb eines Kfz beim „Entladevorgang“
- 3.6 Haltereigenschaft
- 3.7 Kein Ausschluss wegen höherer Gewalt bei Tierunfall
- 3.8 Unabwendbarkeit i.S.d. § 17 Abs. 3 StVG
- 3.9 Entgeltliche geschäftsmäßige Personenbeförderung
- 3.10 Versicherungsnehmer im eigenen Fahrzeug als Beifahrer
- 3.11 Unfall unter Beteiligung von Tieren
- 3.12 Schadenersatz von Minderjährigen
- 3.13 Schadenersatz von Minderjährigen und ihren Eltern
- 3.14 Billigkeitshaftung Nicht-Deliktsfähiger
- 3.15 Eintrittspflicht trotz Vertragskündigung
- 3.16 Kein Haftungsausschluss trotz vorsätzlicher, widerrechtlicher Schadensherbeiführung bei Personenverschiedenheit
- 3.17 Ansprüche gegen die Verkehrsofferhilfe e.V.
- 3.18 Personenschaden bei Anfahren der Bahn

§ 4 Quotenbildung

- 4.1 Erhöhte Betriebsgefahr
- 4.2 Keine Berücksichtigung vermuteten Verschuldens
- 4.3 Fehlende Fahrerlaubnis als Abwägungsfaktor
- 4.4 Fehlende Fahrerlaubnis und Anscheinsbeweis
- 4.5 Trunkenheitsfahrt als Abwägungsfaktor
- 4.6 Erschütterung Anscheinsbeweis
- 4.7 Auffahrunfall und Anscheinsbeweis
- 4.8 Auffahrunfall und Fahrstreifenwechsel mit Schrägstellung
- 4.9 Auffahrunfall und streitiger Fahrstreifenwechsel
- 4.10 Auffahrunfall und Fahrstreifenwechsel bei streitigem zeitlichem Kontext
- 4.11 Anscheinsbeweis bei Auffahrunfall und starkem Abbremsen
- 4.12 Alleinhaftung bei Nötigung durch Abbremsen
- 4.13 Anscheinsbeweis und Fahrstreifenwechsel
- 4.14 Anscheinsbeweis bei Fahrstreifenwechsel und Fahrbahnverengung
- 4.15 Erhöhte Betriebsgefahr bei Fahrt in der Engstelle
- 4.16 Keine Haftung ohne Verschulden im Engstellenbereich
- 4.17 Einfahrt in den fließenden Verkehr und Fahrstreifenwechsel

- 4.18 Anscheinsbeweis bei Vorfahrtsverletzung
- 4.19 Vorfahrtsverletzung und Rechtsfahrgebot
- 4.20 Mithaftung des Vorfahrtsberechtigten aus Betriebsgefahr bei Abkommen auf die Gegenfahrbahn
- 4.21 Alleinhaftung beim Abbiegen in ein Grundstück
- 4.22 Alleinhaftung bei Wendemanöver
- 4.23 Alleinhaftung bei Rückwärtsfahrt
- 4.24 Anscheinsbeweis bei Einfahrt in den fließenden Verkehr
- 4.25 Anscheinsbeweis bei Einfahrt in den fließenden Verkehr
- 4.26 Anscheinsbeweis beim Türöffnen
- 4.27 Anscheinsbeweis bei länger geöffneter Fahrzeugtür
- 4.28 Anscheinsbeweis bei Abkommen auf die Gegenfahrbahn
- 4.29 Unfall durch schreckbedingte Fehlreaktion
- 4.30 Keine Zurechnung bei Anspruch des Leasinggebers aus § 823 BGB
- 4.31 Mithaftung des Leasinggebers über § 9 StVG
- 4.32 Einwand der Erfüllung bei ungeklärter LZA
- 4.33 Alleinhaftung bei Rotlichtverstoß
- 4.34 Mithaftung trotz Rotlichtverstoß bei fliegendem Start
- 4.35 Vorrang des Kreuzungsräumers
- 4.36 Mithaftung des bevorrechtigten Kreuzungsräumers
- 4.37 Mithaftung des Anfahrenden gegenüber dem unechten Kreuzungsräumer
- 4.38 Erschütterung Anscheinsbeweis wegen Vorfahrtsverletzung
- 4.39 Mithaftung bei „halber Vorfahrt“
- 4.40 Mithaftung bei irreführender Fahrweise
- 4.41 Keine Haftung bei bloßer Geschwindigkeitsverringerung
- 4.42 Anscheinsbeweis gegen den Linksabbieger nach § 9 Abs. 3 StVO
- 4.43 Voraussetzung für den Anscheinsbeweis nach § 9 Abs. 3 StVO
- 4.44 Kein Anscheinsbeweis bei „grünem Abbiegerpfeil“
- 4.45 Mithaftung des Abbiegenden bei Rotlichtverstoß des Gegenverkehrs
- 4.46 Anscheinsbeweis bei Abkommen auf die Gegenfahrbahn
- 4.47 Anscheinsbeweis bei Abkommen auf die Gegenfahrbahn ohne Fahrzeugberührung
- 4.48 Alleinhaftung des Wartepflichtigen wegen Verstoß gegen § 6 StVO
- 4.49 Mithaftung des entgegenkommenden Fahrzeugführers
- 4.50 Erschütterung des Anscheinsbeweises bei breiter Fahrbahn
- 4.51 Anscheinsbeweis bei Abbiegen nach links in ein Grundstück
- 4.52 Mithaftung wegen Überholens in einer unklaren Verkehrslage
- 4.53 Kein Überholen in einer unklaren Verkehrslage
- 4.54 Anscheinsbeweis Verletzung der doppelten Rückschaulpflicht
- 4.55 Mithaftung des Überholenden aus Betriebsgefahr bei Abbiegen im Kreuzungsbereich
- 4.56 Überholen in unklarer Verkehrslage im Kreuzungsbereich
- 4.57 Vorrang des zuerst Überholenden

Musterverzeichnis

- 4.58 Mithaftung wegen Überschreitung der Autobahnrichtgeschwindigkeit
- 4.59 Unerhebliche Überschreitung der Richtgeschwindigkeit
- 4.60 Mithaftung beim Parkplatzunfall aus § 1 Abs. 2 StVO i.V.m. einer erhöhten Betriebsgefahr
- 4.61 Kein Anscheinsbeweis bei stehendem Fahrzeug nach einer Rückwärtsfahrt
- 4.62 Anwendung des § 8 StVO beim Parkplatzunfall
- 4.63 Mithaftung der vorfahrtsberechtigten Gegenseite bei einem Parkplatzunfall
- 4.64 Keine Zurechnung der Betriebsgefahr gegenüber dem nicht haltenden Fahrzeugführer
- 4.65 Kausalitätserfordernis bei der Mithaftung nach § 254 BGB
- 4.66 Alleinhaftung Radfahrer
- 4.67 Vorrang des Radfahrers trotz „falscher Fahrtrichtung“
- 4.68 Mithaftung des Radfahrers wegen Fahren in „falscher Fahrtrichtung“
- 4.69 Alleinhaftung des Radfahrers, der auf dem Gehweg fährt
- 4.70 Mithaftung des Radfahrers, der auf dem Fußgängerüberweg fährt
- 4.71 Verstoß des Fußgängers gegen § 25 Abs. 3 StVO
- 4.72 Kein Vertrauensgrundsatz bei Fahrbahnüberquerung
- 4.73 Haftung des Fahrzeugführers bei Verstoß gegen § 26 StVO

§ 5 Haftungsausschluss bei Personenschäden

- 5.1 Voraussetzungen eines „Wie-Beschäftigten“
- 5.2 Keine Haftungsprivilegierung bei „Pannenhilfe“
- 5.3 Abgrenzung von abhängiger und selbstständiger Tätigkeit
- 5.4 Werksverkehr und Betriebsweg
- 5.5 Prüfung der gemeinsamen Betriebsstätte
- 5.6 Gemeinsame Betriebsstätte bei Gefahrengemeinschaft

§ 6 Anspruchsübergang

- 6.1 Anspruchsübergang auf die Krankenkasse bei Krankengeld und Haushaltsführungsschaden
- 6.2 Anspruchsübergang zum Unfallzeitpunkt
- 6.3 Ausgleich der Entgeltfortzahlung
- 6.4 Abzug ersparter Eigenaufwendungen
- 6.5 Einwand gegenüber den begehrten Rechtsanwaltskosten

§ 7 Verjährung und Abfindungsvergleich

- 7.1 Einheitlichkeit des Verjährungsbeginns
- 7.2 Aufforderung zum Verzicht auf die Einrede der Verjährung
- 7.3 Verjährungshemmung wegen § 115 Abs. 2 S. 3 VVG
- 7.4 Neubeginn der Verjährung durch Abschlagszahlung
- 7.5 Unverbindlichkeit des Abfindungsvertrags
- 7.6 Aufklärung gegenüber dem Mandanten
- 7.7 Unbeschränkter Zukunftsschadensvorbehalt
- 7.8 Beschränkter Zukunftsschadensvorbehalt

- 7.9 Vorbehalt für übergegangene Ansprüche
- 7.10 Vorbehalt für Steuerschäden
- 7.11 Vorbehalt mit titeleretzender Wirkung
- 7.12 Einwand der Verjährung nach einem Abfindungsvergleich

§ 8 Sachschaden

- 8.1 Geltendmachung konkreter Reparaturkosten oberhalb der Schadensschätzung
- 8.2 Mehrkosten wegen mangelhafter Reparatur
- 8.3 Werkstatttrisiko bei unbezahlter Rechnung
- 8.4 Zurückbehaltungsrecht im Prozess wegen Ersatzanspruch gegenüber der Werkstatt
- 8.5 Werkstatttrabatt
- 8.6 Keine Pflicht zur Vorlage von Belegen bei fiktiver Schadensabrechnung
- 8.7 Verweisung auf konkret durchgeführte günstigere Reparatur
- 8.8 Unzulässige Verweisung auf eine andere Reparaturmöglichkeit bei „jungem“ Fahrzeug
- 8.9 Unzulässigkeit der Verweisung bei einem älteren Fahrzeug
- 8.10 Subjektive Darlegungslast bei Streit über die in der Vergangenheit erfolgte Wartung
- 8.11 Einwand der pauschalen Behauptung der Gleichwertigkeit
- 8.12 Einwand des pauschalen Bestreitens zu der Qualität der benannten Reparaturwerkstatt
- 8.13 Zulässige Verweisung im Prozess
- 8.14 Erstattungsfähigkeit UPE-Aufschläge
- 8.15 Kosten bei Verbringung des Fahrzeugs
- 8.16 UPE-Aufschläge bei Werkstattverweis
- 8.17 Erstattung der Beilackierungskosten
- 8.18 Keine Erstattung der Beilackierungskosten
- 8.19 Ersatz der angefallenen Mehrwertsteuer im Anschluss an den Ersatz fiktiver Reparaturkosten
- 8.20 Nichterzielung des geschätzten Restwerts
- 8.21 Zurückweisung eines höheren überregional ermittelten Restwertes
- 8.22 Einwendung zu dem ermittelten Restwert
- 8.23 Verweisung auf ein Angebot aus einer „Restwertbörse“
- 8.24 Stellungnahme zum Restwertangebot der Versicherung nach Veräußerung
- 8.25 Darlegungs- und Beweislast des Geschädigten zu der angeblichen Veräußerung
- 8.26 Restwertangebot der Versicherung vor der Veräußerung
- 8.27 Regressanmeldung beim Rechtsanwalt
- 8.28 Auswirkung besonderer Verkaufsbemühungen auf Restwert
- 8.29 Fiktive Abrechnung mit geringerem tatsächlich erzielten Restwert
- 8.30 Nachforderung der Mehrwertsteuer bei Ersatzbeschaffung als volle Re-Investition
- 8.31 Kein Mehrwertsteuerabzug
- 8.32 Ersatz der Sachverständigenkosten bei Totalschaden
- 8.33 Pauschale Abrechnung der An- und Abmeldekosten
- 8.34 Nachforderung der Mehrwertsteuer
- 8.35 Verweis auf den Wiederbeschaffungsaufwand im Prozess

Musterverzeichnis

- 8.36 Abrechnung der konkreten Reparaturkosten auf der zweiten Stufe
- 8.37 Einwand Wiederbeschaffungsaufwand und Anforderungen an den Nachweis der Nutzung
- 8.38 Gegenüberstellung der „Netto-Werte“ bei Vorsteuerabzugsberechtigung
- 8.39 Auskunftsanspruch gegenüber dem Geschädigten nach Ablauf von sechs Monaten
- 8.40 Begründung der Aufgabe des Fahrzeugs vor Ablauf der Sechsmonatsfrist
- 8.41 Abrechnung im 130 %-Fall bei Einbau von Gebrauchtteilen
- 8.42 Ersatz der Reparaturkosten unterhalb der 130 %-Grenze bei Reparatur in Eigenregie
- 8.43 Integritätsinteresse bei einem Anhänger
- 8.44 Einhaltung der 130 %-Grenze durch Einbau von Gebrauchtteilen
- 8.45 Tatsächliche Reparaturkosten liegen über 130 %-Grenze
- 8.46 Nachweis der Anschaffung eines Neufahrzeugs bei der Neuwagenabrechnung
- 8.47 Verständigung über eine Zahlungszusage bei einer Abrechnung auf Neuwagenbasis
- 8.48 Neuwagenabrechnung bei einer Laufleistung zwischen 1.000 und 3.000 km
- 8.49 Erheblicher Fahrzeugschaden bei Beschädigung tragender Fahrzeugteile
- 8.50 Kein erheblicher Fahrzeugschaden bei einfach gelagerten Schäden
- 8.51 Feststellungsausspruch zur Neuwagenabrechnung
- 8.52 Merkantile Wertminderung bei älteren Fahrzeugen
- 8.53 Kein Merkantiler Minderwert bei unerheblichem Fahrzeugschaden
- 8.54 Merkantiler Minderwert bei einem Luxusfahrzeug trotz Bagatellschaden
- 8.55 Recht zur Beauftragung eines „eigenen“ Sachverständigen
- 8.56 Anforderung eines Gutachtens beim gegnerischen Versicherer
- 8.57 Verletzung der Schadensminderungspflicht durch Einholung eines Sachverständigengutachtens
- 8.58 Keine Verletzung der Schadensminderungspflicht durch Einholung eines Sachverständigengutachtens
- 8.59 Sachverständigenrisiko bei unbezahlter Rechnung
- 8.60 Kein Auswahlverschulden des Geschädigten bei der Beauftragung des Sachverständigen
- 8.61 Kein Anspruch auf Freistellung von den Sachverständigenkosten
- 8.62 Fehlende Erstattungsfähigkeit der Gutachterkosten bei verschwiegenem Vorschaden
- 8.63 Aufklärung Mandant Nachbesichtigung
- 8.64 Schreiben an die Werkstatt zwecks Kostenvoranschlags
- 8.65 Erstattungsfähige Aufwendungen für einen Kostenvoranschlag
- 8.66 Ausgleich von Mietwagenkosten bei einer HWS-Verletzung
- 8.67 Ausgleich von Mietwagenkosten bei Nutzung durch Angehörige
- 8.68 Erfordernis eines täglichen Fahrbedarfs
- 8.69 Ausgleich von Mietwagenkosten bei geringer Nutzung
- 8.70 Erstattungsfähige Nebenkosten bei der Abrechnung nach dem Schwacke-Mietpreisspiegel
- 8.71 Vorteilsausgleich bei Anmietung mit Vollkaskoversicherung
- 8.72 Einwendungen gegen die Tauglichkeit des Fraunhofer Mietpreisspiegel als Schätzungsgrundlage
- 8.73 Anfrage bei der Mietwagenfirma zwecks Zustimmung zum Vergleich

- 8.74 Hilfsweiser Risikoaufschlag auf Fraunhofer
- 8.75 Vollständiger Ersatz der Mietwagenkosten wegen einer Notsituation auf der Urlaubsreise
- 8.76 Wirtschaftlich gerechtfertigter Aufschlag auf den Normaltarif
- 8.77 Inanspruchnahme eines Mietwagens bei Reparatur in Fachwerkstatt
- 8.78 Inanspruchnahme eines Mietwagens bei Reparatur in Eigenregie
- 8.79 Mietwagenkosten bis zum Kauf eines Ersatzfahrzeugs bei Totalschaden
- 8.80 Kein Abzug ersparter Eigenaufwendungen bei der Anmietung eines klassentiefere Ersatzfahrzeugs
- 8.81 Abzug ersparter Eigenaufwendungen bei Anmietung eines klassentiefere Ersatzfahrzeugs
- 8.82 Anrechnung ersparter Eigenkosten
- 8.83 Mietwagenkosten bei Anmietung von Privat
- 8.84 Geltendmachung konkreten Nutzungsausfallschadens
- 8.85 Abstrakter Nutzungsausfall bei gewerblich genutzten Kfz
- 8.86 Nutzungsausfallentschädigung für Fahrrad
- 8.87 Nutzungsausfall trotz Personenschadens
- 8.88 Kein Nutzungsausfall bei Personenschaden
- 8.89 Nachweis des Nutzungswillens
- 8.90 Überlegungszeitraum
- 8.91 Nutzungsausfall bei Eigenreparatur
- 8.92 Nutzungsausfall bei wirtschaftlichem Totalschaden ohne Ersatzfahrzeug, 1
- 8.93 Nutzungsausfall bei wirtschaftlichem Totalschaden ohne Ersatzfahrzeug, 2
- 8.94 Standardbeziehung der pauschalen Nutzungsausfallentschädigung
- 8.95 Kein Abzug innerhalb der Nutzungsausfallentschädigung wegen des Fahrzeugalters
- 8.96 Nutzungsausfallentschädigung Motorrad
- 8.97 Ersatz der Vorhaltekosten
- 8.98 Schadensminderungspflicht bei Abschleppkosten
- 8.99 Schädiger trägt das Abschlepprisiko
- 8.100 Minimierung des Standgelds
- 8.101 Restwert nicht realisierbar
- 8.102 Ausbau einer Anhängerkupplung
- 8.103 Kreditaufnahme trotz vorhandener Vollkaskoversicherung
- 8.104 Anspruch auf Rückstufungsschaden bei Mithaftung
- 8.105 Erforderlichkeit der Einschaltung eines Anwalts nach einem Verkehrsunfall
- 8.106 Ersatz der Kosten der Einschaltung eines Anwalts bei Einholung einer Deckungszusage
- 8.107 Keine Erstattung der Kosten für die Einholung einer Deckungszusage
- 8.108 Erforderlichkeit einer Tätigkeit gegenüber dem Unfallversicherer
- 8.109 Schadensnachweis bei Kleidungsschaden und Abzug neu für alt für Ausrüstungsgegenstände
- 8.110 Schadenspauschale 30 EUR
- 8.111 Vereinbarung über eine erhöhte Pauschale bei Auslandsbezug
- 8.112 Keine Aktivlegitimation bei Leasingfahrzeug
- 8.113 Schadensmeldung an den Leasinggeber

Musterverzeichnis

- 8.114 Anfrage Leasinggeber
- 8.115 Benachrichtigung des Unfallgegners über Leasingeigenschaft
- 8.116 Geltendmachung von Finanzierungskosten
- 8.117 Geltendmachung von Mehrwertsteuer

§ 9 Personenschaden bei Verletzung

- 9.1 Anmeldung von Schmerzensgeldansprüchen beim Versicherer
- 9.2 Schweigepflichtentbindungserklärung
- 9.3 Schreiben an den Arzt wegen Arztbericht
- 9.4 Attest des behandelnden Arztes
- 9.5 Schmerzensgeldberechnung
- 9.6 Mitverschulden wegen Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes
- 9.7 Schmerzensgeld als Rente
- 9.8 Einwendung Schmerzensgeldrente
- 9.9 Verrentung des Schmerzensgeldes
- 9.10 Schmerzensgeld bei tödlich verlaufendem Verkehrsunfall
- 9.11 Schmerzensgeld bei Schockschäden
- 9.12 Anspruchskürzung wegen Mitverschulden bei Schockschaden
- 9.13 Kein Nachweis der HWS-Verletzung über Arztberichte
- 9.14 Unfallbedingte HWS-Verletzung bei OOP
- 9.15 Schmerzensgeld bei HWS-Verletzung – Anspruchsanmeldung
- 9.16 Schmerzensgeld bei HWS-Syndrom – Nachweis der Unfallbedingtheit
- 9.17 Berücksichtigung von Vorerkrankungen bei der Bemessung des Schmerzensgeldes
- 9.18 Berücksichtigung von Vorerkrankungen bei der Höhe des Schmerzensgeldes
- 9.19 Medizinische Notwendigkeit täglicher Besuche
- 9.20 Privatärztliche Behandlung eines Kassenpatienten
- 9.21 Beitragsrückerstattung/Selbstbeteiligung in der privaten Krankenversicherung
- 9.22 Pflege durch nahe Angehörige
- 9.23 Erwerbsschaden bei Krankengeldzahlung
- 9.24 Anspruchskürzung wegen ersparter Eigenaufwendungen
- 9.25 Kosten einer Ersatzkraft
- 9.26 Verspäteter Eintritt ins Erwerbsleben
- 9.27 Ablehnung des Haushaltsführungsschadens bei nicht ehelicher Lebensgemeinschaft
- 9.28 Fragebogen zur Erfassung des Haushaltsführungsschadens
- 9.29 Einwand fehlender Schlüssigkeit
- 9.30 Fiktive Abrechnung einer Haushaltshilfe
- 9.31 Ausfall von Eigenleistungen beim Eigenheimbau
- 9.32 Berechnung ersparter Aufwendungen
- 9.33 Keine Kapitalabfindung bei Dauerschaden
- 9.34 Kapitalabfindung bei Dauerschaden

§ 10 Personenschaden bei Tötung

- 10.1 Fahrtkosten von gering verdienenden Erben zur Trauerfeier
- 10.2 Anspruch auf Ersatz der Beerdigungskosten aus GoA
- 10.3 Feststellungsinteresse der zukünftigen Ersatzverpflichtung
- 10.4 Keine Verletzung der Erwerbsobliegenheit
- 10.5 Berechnung des Unterhaltsschadens
- 10.6 Berechnung fixer Kosten bei Versicherungsleistungen
- 10.7 Klageanträge bei Unterhaltsschaden
- 10.8 Grundsätze der Berechnung des Naturalunterhaltsschadens bei Eheleuten

§ 11 Klage und selbstständiges Beweisverfahren

- 11.1 Ablauf Prüfungszeitraum
- 11.2 Anerkenntnis mit Kostenlast der Gegenseite
- 11.3 Schadensregulierung nach Akteneinsicht
- 11.4 Rückforderungsvorbehalt des Versicherers
- 11.5 Deckungsanfrage an den Rechtsschutzversicherer
- 11.6 Kostenforderung an den Mandanten
- 11.7 Klageschrift
- 11.8 Teilklage
- 11.9 Umstellung des Klageantrags bei Leasingfahrzeug
- 11.10 Antrag bei gesamtschuldnerischer Haftung
- 11.11 Antrag auf merkantile Wertminderung
- 11.12 Antrag auf Schmerzensgeld
- 11.13 Antrag Teilschmerzensgeld
- 11.14 Kostenentscheidung Schmerzensgeld bei Teilunterliegen
- 11.15 Antrag auf Feststellung bei einem Rückstufungsschaden
- 11.16 Antrag auf Feststellung künftiger Schäden
- 11.17 Reaktion auf Einwände der Gegenseite gegen eine Feststellungsklage
- 11.18 Antrag bei lebenslanger Rente
- 11.19 Antrag bei zeitlich begrenzter Rente
- 11.20 Zinsen bei Gerichtskostenvorschuss
- 11.21 Abtretungserklärung
- 11.22 Wider- und Drittwiderklage
- 11.23 Parteivernehmung bei Beweisnot
- 11.24 Antrag auf Einholung eines Gutachtens
- 11.25 Unzulässigkeit des selbstständigen Beweisverfahrens
- 11.26 Parteikosten zur Erstattung anmelden
- 11.27 Monierung der Gegenseite hinsichtlich angemeldeter Parteikosten

§ 12 Unfallrekonstruktion im Prozess

- 12.1 Antrag auf Ergänzung eines Beweisbeschlusses

Musterverzeichnis

- 12.2 Antrag auf Ergänzung eines Beweisbeschlusses
- 12.3 Antrag auf Benennung eines anderen Sachverständigen, der öffentlich bestellt ist
- 12.4 Antrag auf Anordnung nach § 144 ZPO
- 12.5 Schriftliches Gutachten
- 12.6 Hinweis auf die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten
- 12.7 Korrektur der Signalposition
- 12.8 Korrektur der Blickrichtung für die Vermeidbarkeit
- 12.9 Keine Pflicht zur Ausformulierung von Ergänzungsfragen an den Sachverständigen
- 12.10 Berücksichtigung des Ergebnisses eines Privatgutachters
- 12.11 Antrag auf Festsetzung der Kosten für ein Privatgutachten
- 12.12 Antrag auf Einholung eines neuen Gutachtens
- 12.13 Ablehnung eines Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit

§ 13 Verkehrsunfallmanipulation

- 13.1 So Nicht Unfall
- 13.2 Einwand der Verwirkung
- 13.3 Schaden in der Vorbesitzzeit
- 13.4 Vorschaden bei Totalschadenabrechnung
- 13.5 Nebenintervention des mitverklagten Haftpflichtversicherers

§ 14 Kaskoversicherung

- 14.1 Übernahme der Kosten des Rechtsanwalts durch die Kaskoversicherung
- 14.2 Anfertigung eines Gutachtens durch Versicherung
- 14.3 Umfang des Glasbruchschadens
- 14.4 Kein Abzug „neu für alt“ bei Glasbruchschäden an der Windschutzscheibe
- 14.5 Ersatz eines „Sturmschadens“ bei der Überfahrt eines Astes
- 14.6 Deckungsschutz bei Unfallereignis als „Anprallschaden“
- 14.7 Keine grobe Fahrlässigkeit wegen kurzer Unaufmerksamkeit des Fahrzeugführers
- 14.8 Grob fahrlässige Suche nach herabgefallenen Gegenständen
- 14.9 Anscheinsbeweis bei Trunkenheitsfahrt
- 14.10 Relative Fahruntüchtigkeit bei Abkommen von der Fahrbahn
- 14.11 Faktoren der Quotenbildung bei Trunkenheitsfahrt
- 14.12 Einwände bei der vollständigen Leistungskürzung bei relativer Fahruntüchtigkeit
- 14.13 Einwände bei der Leistungskürzung bei durch Medikamente bedingter Fahruntüchtigkeit
- 14.14 Einwände bei der Leistungskürzung beim unachtsamen Umgang mit dem Fahrzeugschlüssel
- 14.15 Keine Zurechnung des Verhaltens Dritter bei grob fahrlässiger Herbeiführung des Versicherungsfalls
- 14.16 Vollständige Leistungsfreiheit
- 14.17 Keine vollständige Leistungsfreiheit
- 14.18 Keine Beweislast bei dem Versicherungsnehmer
- 14.19 Leistungskürzung bei „durchschnittlicher“ grober Fahrlässigkeit

- 14.20 Selbstbehalt vor Quote
- 14.21 Quote vor Selbstbehalt
- 14.22 Gesamtquotenbildung
- 14.23 Kriterien der Bildung der Kürzungsquote
- 14.24 Kausalitätsgegenbeweis bei Verschweigen eines Vorschadens
- 14.25 Arglisteinwand zugunsten des Versicherers
- 14.26 Gesonderte Belehrung auf der Schadensanzeige
- 14.27 Kein Regress des Kaskoversicherers bei gemeinsamem Haushalt
- 14.28 Anwaltskosten als kongruente Schadensposition
- 14.29 Anwaltskosten sind keine kongruente Schadensposition
- 14.30 Geltendmachung von Schadensersatz nach Inanspruchnahme der eigenen Vollkaskoversicherung

§ 15 Vertragliche Ansprüche in der Kfz-Haftpflichtversicherung

- 15.1 Einwand bei Regress des Versicherers wegen alkoholbedingter Fahruntüchtigkeit nach dem neuen VVG
- 15.2 Regress bei schwerwiegender Aufklärungspflichtverletzung
- 15.3 Kausalitätsgegenbeweis bei einer Unfallflucht
- 15.4 Bestimmung von Arglist
- 15.5 Keine Arglist bei Unfallflucht
- 15.6 Einwand bei Regress des Versicherers bei unzutreffender Schilderung des Unfalls
- 15.7 Einwand bei Regress des Versicherers bei fehlender Schadensanzeige
- 15.8 Missbrauch der Regulierungsvollmacht des Kfz-Haftpflichtversicherers

§ 16 Verarbeitung und Verwertung von personenbezogenen Daten aus Kfz und darin eingesetzten Kameras

- 16.1 Antrag auf Auslesung des Unfalldatenschreibers des Unfallgegners
- 16.2 Antrag auf Auslesung des EDR
- 16.3 Antrag auf Auslesung des EDR bei ungeklärter Kollisionsstellung
- 16.4 Antrag auf Auslesung des EDR bei ungeklärter Geschwindigkeit
- 16.5 Antrag auf Auslesung zur Ermittlung der kollisionsbedingten Geschwindigkeitsänderung
- 16.6 Einstufung als personenbezogene Daten
- 16.7 Übersicht der aus dem Fahrzeug zur Unfallrekonstruktion auszulesenden Daten
- 16.8 Auskunftsanspruch nach den Art. 12, 15 DSGVO

§ 17 Gebühren des Anwalts

- 17.1 Erstattungsanspruch gegen den Schädiger
- 17.2 Erledigungswert bei Abtretung von Ansprüchen
- 17.3 Erledigungswert bei Zahlung vor Eingang des Anspruchsschreibens
- 17.4 Erhöhte Geschäftsgebühr bei Unfall mit einem Taxi
- 17.5 Erhöhte Geschäftsgebühr bei Vorlage einer Gegenrechnung

Musterverzeichnis

- 17.6 Erhöhungsgebühr bei Vertretung mehrerer Geschädigter
- 17.7 Keine Anrechnung bei Pauschalhonorar/Vergütungsvereinbarung
- 17.8 Keine Anrechnung bei der Einschaltung mehrerer Anwälte
- 17.9 Keine Anrechnung mangels fehlender Titulierung im Vergleich
- 17.10 Freistellungsantrag
- 17.11 Umwandlung des Zahlungsanspruchs in einen Freistellungsanspruch
- 17.12 Aktenauszug

§ 18 Korrespondenz mit dem Rechtsschutzversicherer

- 18.1 Geltendmachung des Differenzbetrags bei der Rechtsschutzversicherung
- 18.2 Geltendmachung des Quotenvorrechts gegenüber dem Rechtsschutzversicherer
- 18.3 Bitte um Deckungszusage für negative Feststellungsklage
- 18.4 Mandat gegen den Rechtsschutzversicherer
- 18.5 Deckung auf Klage nur gegen den Unfallverursacher
- 18.6 Aufrechnung gegenüber Rechtsschutzversicherer
- 18.7 Kein mehrfacher Anfall der Selbstbeteiligung

§ 20 Unfallflucht (§ 142 StGB)

- 20.1 Kein Unfall im öffentlichen Straßenverkehr
- 20.2 Fehlender straßenverkehrsspezifischer Gefahrenzusammenhang Fall angelehnt an BGH zfs 2002, 198.
- 20.3 Keine Unfallbeteiligung
- 20.4 Pflicht zum Beiseitefahren
- 20.5 Schock
- 20.6 Kein willentliches Entfernen
- 20.7 Unvorsätzliches Entfernen
- 20.8 Ausreichende Wartezeit
- 20.9 Unverzögliche nachträgliche Mitteilung
- 20.10 Unverzögliche nachträgliche Feststellung und Eintreffen der Polizei
- 20.11 Keine Wahrnehmbarkeit des Verkehrsunfalls
- 20.12 Belangloser Schaden
- 20.13 Schadensbegriff, § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB
- 20.14 Irrtum über Bedeutungslosigkeit des Schadens
- 20.15 Abgrenzung Tatbestands-/Verbotsirrtum
- 20.16 Belangloser Personenschaden

§ 21 Fahrlässige Tötung (§ 222 StGB)

- 21.1 Verteidigung bei fahrlässiger Tötung

§ 22 Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB)

- 22.1 Akteneinsicht mit Antrag auf Einstellung

22.2 Eingehen eines Risikos

22.3 Vertretbares Verhalten

§ 23 Nötigung (§ 240 StGB)

23.1 Dichtes Auffahren

23.2 Ausbremsen des nachfolgenden Verkehrs

§ 24 Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315b StGB)

24.1 Keine Pervertierung des Verkehrsvorgangs

24.2 Konkrete Gefahr

24.3 Schadenhöhe

24.4 Verdeckungsabsicht

§ 25 Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c StGB)

25.1 Kein Fahrzeug

25.2 Kein Führen des Fahrzeugs ohne Willensakt

25.3 Betriebsgelände kein öffentlicher Verkehrsraum

25.4 Keine Straßenverkehrsgefährdung bei Fahren ohne Brille

25.5 Keine Strafbarkeit wegen Müdigkeit

25.6 Augenblicksversagen, Fahrlässigkeit

25.7 Kein Fall der Nichtbeachtung der Vorfahrt

25.8 Kein Überholen

25.9 Bremsen nach Abschluss des Überholvorgangs
Der Entsch. d. OLG Hamm DAR 2015, 399, nachgebildet.

25.10 Keine unübersichtliche Stelle

25.11 Augenblicksversagen

25.12 Keine Pflicht zur Absicherung

§ 26 Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)

26.1 Kein Führen des Fahrrades

26.2 Kein Schluss auf relative Fahruntauglichkeit (1)

26.3 Kein Schluss auf relative Fahruntauglichkeit (2)

26.4 Keine absolute Fahruntauglichkeit bei E-Scootern
Nach OLG Braunschweig zfs 2024, 288.

26.5 Fahrlässigkeit trotz hoher BAK

26.6 Alkoholgewöhnung

26.7 Widerspruch gegen Verwertung der Blutprobe

26.8 Widerspruch gegen freiwillige Abgabe einer Blutprobe

26.9 Drogenfahrt – keine drogenbedingten Ausfallerscheinungen

§ 27 Fahrverbot (§ 44 StGB)

27.1 Keine Anordnung eines Fahrverbotes gem. § 44 StGB

Musterverzeichnis

27.2 Absehen vom Fahrverbot, Existenzbedrohung

§ 28 Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 69 StGB)

- 28.1 Nachträgliche Eignungsmängel
- 28.2 Kein Führen eines Kraftfahrzeugs
- 28.3 Kein Zusammenhang
- 28.4 Keine Regelvermutung
- 28.5 Keine Regelvermutung, MPU
- 28.6 Keine Regelvermutung, E-Scooter

§ 29 Sperre der Erteilung der Fahrerlaubnis (§ 69a StGB)

- 29.1 Schreiben an Mandanten zur Sperrzeit
- 29.2 Ausnahme von bestimmten Arten von Kraftfahrzeugen
- 29.3 Aufklärung des Mandanten bzgl. eingeschränkter Fahrerlaubnis
- 29.4 Antrag auf vorzeitige Aufhebung der Sperrzeit

§ 30 Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 111a StPO)

- 30.1 Beschwerde gegen vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis

§ 31 Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG)

- 31.1 Aufklärung OWi-Fahrverbot:
- 31.2 Fuhrparkleiter
- 31.3 EU-Fahrerlaubnis nach Sperrzeit in Deutschland

§ 32 Pflichtversicherungsgesetz

- 32.1 Obliegenheitsverletzungen und Strafbarkeit
- 32.2 Kein Verstoß bei anderen als Zulassungsfahrten
- 32.3 Kein bestimmungsgemäßer Gebrauch

§ 33 Sonstiges

- 33.1 Beauftragung eines Sachverständigen
- 33.2 Information des Rechtsschutzversicherers über die Beauftragung eines Sachverständigen
- 33.3 Anschreiben Mandant wegen angedachter Verfahrenseinstellung gem. § 153a StPO
- 33.4 Unschuldsvermutung bei Einstellung gem. §§ 153/153a StPO
- 33.5 Anschreiben nach Zustellung des Strafbefehls

§ 35 Vorverfahren

- 35.1 Bestellung für den Mandanten
- 35.2 Akteneinsicht
- 35.3 Antrag auf gerichtliche Entscheidung
- 35.4 Akteneinsicht E-Akte

- 35.5 Auszug aus Fahreignungsregister
- 35.6 Berichtigung Fahreignungsregister
- 35.7 Falsche Mitteilung durch KBA
- 35.8 Klarstellung der Verfahrensbeteiligung
- 35.9 Einspruch
- 35.10 Einspruch und Anregung der Rücknahme
- 35.11 Beschränkung auf den Rechtsfolgenausspruch
- 35.12 Wiederholte Anhörung
- 35.13 Nicht konkretisierter Tatvorwurf
- 35.14 Nicht autorisierte Verfügung
- 35.15 Irrtum der Behörde
- 35.16 Vorläufige Einstellung
- 35.17 Zustellung ohne Vollmacht
- 35.18 Zustellung trotz Blankovollmacht
- 35.19 Zustellung an die Sozietät
- 35.20 Einstellung wegen Eigenverletzung
- 35.21 Einstellung wegen Eigenschadens
- 35.22 Einstellung wegen hoher Kosten
- 35.23 Einstellung wegen Mitverschuldens
- 35.24 Einstellung wegen hoher Kosten
- 35.25 Einstellung wegen Rechtsverstoßes
- 35.26 Einstellung wegen Rechtsverstoßes
- 35.27 Vorläufige Einstellung mit Arbeitsauflage
- 35.28 Bedingung für Beschluss (1)
- 35.29 Bedingung für Beschluss (2)
- 35.30 Zurückverweisung der Sache an die Verwaltungsbehörde
- 35.31 Zurückverweisung der Sache an die Verwaltungsbehörde
- 35.32 Entbindungsantrag
- 35.33 Zeugenbeweis
- 35.34 Vernehmung Arbeitgeber
- 35.35 Ortstermin
- 35.36 Stellungnahme zu Vorsatz
- 35.37 Stellungnahme zu Tateinheit
- 35.38 Fahrverbot: Unverwertbarkeit von Voreintragungen
- 35.39 Fahrverbot: Keine abstrakte Gefahr
- 35.40 Fahrverbot: Augenblicksversagen
- 35.41 Fahrverbot: Keine Erforderlichkeit
- 35.42 Fahrverbot: Unverhältnismäßigkeit
- 35.43 Fahrverbot: Absehen gegen höhere Geldbuße
- 35.44 Fahrverbot: Absehen nach verkehrspsychologischer Nachschulung
- 35.45 Terminsverlegung

Musterverzeichnis

35.46 Verlegung wegen Krankheit des Betroffenen

35.47 Terminsverlegung und Befangenheitsantrag

§ 36 Hauptverhandlung

36.1 Zeugenbeweis

36.2 Widerspruch gegen Urkundenverlesung

36.3 Selbstladung des Sachverständigen

36.4 Sachverständigengutachten zu Geschwindigkeitsmessung

36.5 Zeugenbeweis für Dauervideoaufnahme

36.6 Sachverständigengutachten zum Erlöschen der Betriebserlaubnis

36.7 Zeugenbeweis zwecks Identitätsfeststellung

36.8 Anthropologisches Vergleichsgutachten

36.9 Rechtsmedizinisches Sachverständigengutachten zu § 24a StVG

36.10 Zeugenbeweis Überladung

36.11 Befangenheitsantrag

36.12 Herbeiführen einer gerichtlichen Entscheidung

36.13 Aussetzungsantrag nach neuem Beweismittel

36.14 Widerspruch gegen Verwertbarkeit eines Beweismittels

36.15 Aussetzungsantrag nach Hinweis

36.16 Plädoyer mit Hilfsbeweisangebot

§ 37 Rechtsbeschwerde

37.1 Rechtsbeschwerde: Sachrüge

37.2 Rechtsbeschwerde: Sachrüge (Verwerfungsurteil mit Fahrverbot)

37.3 Rechtsbeschwerde: Sachrüge (Höhe der Geldbuße)

37.4 Rechtsbeschwerde gegen Beschluss

37.5 Rechtsbeschwerde: Sachrüge und Verfahrensrüge

37.6 Rechtsbeschwerde: Verfahrensrüge Entbindungsantrag

§ 38 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

38.1 (Unechter) Wiedereinsetzungsantrag

38.2 Wiedereinsetzungsantrag

§ 39 Vollstreckung

39.1 Gerichtliche Entscheidung/Gnadengesuch Fahrverbotsdauer

39.2 Fehlende Anrechnung

§ 40 Schreiben an den Mandanten

40.1 Anschreiben vor Einspruch

40.2 Anschreiben vor Hauptverhandlungstermin

40.3 Anschreiben wegen Nachschulung

40.4 Anschreiben wegen Fahrverbot

40.5 Anschreiben nach Urteil

§ 41 Gebühren des Anwalts in Strafsachen

41.1 Erledigungsgebühr mehrfach/nach Hauptverhandlung

41.2 Einstellungsgebühr durch Schweigen

41.3 Zusatzgebühr bei Absprache über Strafmaß

41.4 Zusatzgebühr bei Rücknahme des Rechtsmittels

41.5 Zusatzgebühr gem. Nr. 4204 VV RVG

41.6 Zusatzgebühr in der Strafvollstreckung

§ 42 Gebühren des Anwalts in Bußgeldsachen

42.1 Rücknahme Rechtsbeschwerde

42.2 Bestimmung der Gebührenhöhe

42.3 Kostenerstattung bei Einstellung nach § 47 OWiG

42.4 Kostenerstattung bei Einstellung wegen Verfolgungsverjährung

§ 43 Korrespondenz mit dem Rechtsschutzversicherer in Straf- und Bußgeldsachen

43.1 Vorschuss gemäß § 9 RVG

43.2 Abrechnung bei Freispruch

43.3 Sachverständigengutachten in der Rechtsschutzversicherung

43.4 Quotelung bei Zusammenfall von Vorsatz- und Fahrlässigkeitstat

43.5 Abwehr des Auskunftsbegehens des Rechtsschutzversicherers

§ 45 Entziehung der Fahrerlaubnis

45.1 Informationsschreiben an Mandanten zur Wiedererteilung der Fahrerlaubnis

45.2 Mandanteninformation Wiedererteilung nach Fahrerlaubnisentzug mit mehr als 1,6 ‰/Mehrfachtäter

45.3 Anschreiben KBA

45.4 Einwand der Atypik bei Anlage 4 FeV (Methadon)

45.5 Kein gelegentlicher Konsum bei Unterbrechung von fünf Jahren nach der Rechtslage bis 31.3.2024

45.6 PKH-Antrag „Entziehung bei erstmaliger Rauschfahrt“

45.7 Einwand gegen Doppelbegutachtung durch MPU bei Alkoholabhängigkeit

45.8 Rüge eines Verstoßes gegen den 1,6 ‰-Grenzwert

45.9 PKH-Antrag bei Wiedererteilung der Fahrerlaubnis und „MPU unter 1,6 ‰“

§ 46 EU-Führerscheine

46.1 Feststellung der Inlandsgültigkeit einer EU-Fahrerlaubnis

Musterverzeichnis

§ 48 Fahrtenbuchauflage

- 48.1 Einspruch gegen unverhältnismäßige Fahrtenbuchauflage
- 48.2 Klage gegen die Anordnung eines Fahrtenbuches